

mißbräuchliche Berufung auf dieses Prinzip, dessen Inhalt und Zweck in sein Gegenteil verkehrt werden, um es zu einem Instrument der Behinderung bzw. Unterdrückung von völkerrechtlich legitimen Unabhängigkeitsbewegungen und Befreiungskämpfen und der Aufrechterhaltung von kolonialistischen oder rassistischen Herrschaftsmethoden bzw. der Unterstützung imperialistischer Aggressions- oder Interventionsakte zu machen. Alle derartigen Formen imperialistischer Einmischungspolitik bedeuten nicht nur gefährliche Bedrohungen des Selbstbestimmungsrechts, der —*• *Souveränität* und Unabhängigkeit sowie der Sicherheit der unmittelbar betroffenen Völker und Staaten, sie stellen nicht nur schwerwiegende Völkerrechtsverletzungen dar, sondern richten sich auch objektiv immer zugleich gegen die internationale Sicherheit überhaupt, gegen die Stabilisierung und Weiterführung des Entspannungsprozesses, gegen die Völkerverständigung und gegen die Pflicht aller Staaten zur Wahrung und Festigung des Friedens, und sie werden vielfach von entspannungsfeindlichen Kräften auch bewußt gerade zu diesem Zweck eingesetzt.

Nichtpaktgebundenheit (Politik der): außenpolitisches Prinzip einer Vielzahl von Staaten, insbesondere von —<■ *Entwicklungsländern*, das eine Nichtbeteiligung an militärischen Pakten und das Verbot der Errichtung von ausländischen Militärstützpunkten auf dem Territorium des betreffenden Staates sowie eine aktive Politik im Interesse des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit beinhaltet. Der Begriff der N. wurde erstmals in Indien durch Nehru gebraucht. Zu Beginn der 50er Jahre schlossen sich vorwiegend asiatische und afrikanische Staaten, die im Ergebnis des Zusammenbruchs des Kolonialsystems des Imperialismus entstanden waren,

zur Bewegung der N. zusammen. Diese Staaten verweigerten ihren Beitritt zu den militärischen Pakten imperialistischer Staaten und entwickelten ihre Position der N. In Anerkennung der Prinzipien der —► *friedlichen Koexistenz*, wie sie die Bandung-Konferenz bekräftigte, wurde die Politik der N. in der Folgezeit zum Hauptprinzip der Außenpolitik asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten, die z. B. in der —*■ *Organisation der Vereinten Nationen* (UNO) als »Gruppe der Nichtpaktgebundenen« auftreten. Zwischen 1961 und 1983 führten die nichtpaktgebundenen Staaten sieben Gipfelkonferenzen durch (1961: Belgrad, 1964: Kairo, 1970: Lusaka, 1973: Algier, 1976: Colombo, 1979: Havanna, 1983: Neu-Delhi). Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der nichtpaktgebundenen Staaten standen und stehen vor allem folgende Probleme: Kampf um Frieden, gegen Aggression, Einmischung (—<• *Nichteinmischung*), Militärpakte und -Stützpunkte des Imperialismus; Kampf um Festigung der —► *Souveränität* und territorialen —* *Integrität*-, Kampf gegen —<• *Kolonialismus*-, —*• *Neokolonialismus*-, —<• *Rassismus* und —<• *Apartheid-Politik*-, Unterstützung der um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völker und Staaten; Kampf um Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit und Abhängigkeit vom Imperialismus; Kampf um Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den nichtpaktgebundenen Staaten. Die Bewegung der N. hat sich zu einem wichtigen Faktor der internationalen Beziehungen entwickelt. Sie leistete einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung der —<■ *Entspannungspolitik* im internationalen Geschehen, begrüßte die zahlreichen positiven Veränderungen in den internationalen Beziehungen, insbesondere die Ergebnisse der —* *Konferenz über*